Indien: kaum atomare Entwicklungen

NukeNews 2018 wurden von der indischen Regierung weder außergewöhnliche Anschaffungen getätigt oder Fortschritte erzielt, noch gab es massive Anti-Atom-Mobilisierungen auf Graswurzel-Ebene wie in den direkten Fukushima-Folgejahren. In all diesen Gesichtspunkten erscheint die oberflächlich beobachtbare Realität weniger beeindruckend als viele Beobachter*innen erwartet hätten. Dennoch sind viele kleine Schritte erfolgt und der Herausgeber von Dianuke.org hat einen detaillierten Bericht über die atomaren Aktivitäten Indiens im letzten Jahr erstellt.

https://www.dianuke.org/indias-immodest-nuclear-quest-in-2018-the-measured-normalization-of-a-nuclear-state/

Aborigine-Frauen verklagen Cameco, um Uranabbau in West-Australien zu verhindern

NukeNews Derzeit liegt in West-Australien ein grundlegender Rechtsfall vor, um die kanadische Uranfirma Cameco daran zu hindern, in Yeelirrie Uran abzubauen. Drei Aborigine-Frauen aus Yeelirrie und die wichtigste westaustralische Umweltgruppe Conservation Council of WA bringen die Landesregierung und Cameco vor Gericht, um die Rechte der Traditional Owners, d.h. der Bewohner*innen vor der Kolonisation, aufrecht zu erhalten und die heiligen Gebiete in der empfindlichen westaustralischen Wüstenlandschaft vor dem Uranab-bau zu schützen.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Aboriginal_women_take_Cameco_to_court_to_stop_uranium_mining_in_Western_Australia

Positionspapier: Zwischenlagerung hoch

Vorbemerkung

Das Positionspapier „Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle“ ist im Rahmen der Atommüllkonferenz, einem regelmäßigen bundesweiten Treffen von Initiativen, Umweltverbänden und kritischen Wissenschaftler*innen, entstanden. Das Papier ist kein Plädoyer für eine dauerhafte Oberflächenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Bis zur Beendigung der Oberflächenlagerung müssen die Abfälle jedoch so sicher wie möglich gelagert werden. In Deutschland werden weiterhin in den noch laufenden Atomkraftwerken, den Forschungsreaktoren, in der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementfertigung in Lingen täglich radioaktive Abfälle produziert. Es ist dringend erforderlich, diese Produktion von Atommüll durch Stilllegung der Anlagen sofort zu beenden.

Seit dem Beschluss der gesetzlichen Beendigung der Atomenergienutzung zur Stromproduktion zum 31.12.2022 und der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes wird von verantwortlicher Seite von einem „Neustart“ in der Atommüllpolitik gesprochen und von der Verantwortung, welche die Gesellschaft für den radioaktiven Müll übernehmen müsse. Parallel dazu wurden die AKW-Betreiber, die über Jahrzehnte hohe Gewinne eingestrichen haben, 2016/17 von ihrer finanziellen Verantwortung für eine sichere Lagerung radioaktiver Abfälle entbunden. Zudem soll der Staat die Verantwortung für die Zwischenlagerung übernehmen.

Die Atommüllkonferenz hat die Entlassung der Konzerne aus der Haftung scharf kritisiert. Die Konzerne und der Staat, der in den Forschungszentren selbst höchst problematische Abfälle produziert, sind in der Pflicht, für eine sichere Verwahrung der radioaktiven Abfälle zu sorgen. Es ist nicht Aufgabe der Gesellschaft und der Anti-Atom-Bewegung, Gefahren zu akzeptieren und fertige Lösungen zu präsentieren. Wir verstehen es – wie in den vergangenen Jahrzehnten – vor allem als unsere Aufgabe, schonungslos auf bestehende und künftige Gefahren hinzuweisen und von den Verantwortlichen Lösungen einzufordern.

Ausgangssituation

Derzeit lagern mehr als 1.000 Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen in den zentralen Zwischenlagern in Ahaus, Gorleben und Lubmin sowie in den dezentralen Zwischenlagern in Jülich und an 12 AKW-Standorten. Die Zwischenlager in Lubmin und Jülich werden vom staatlichen Unternehmen Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) betrieben, Ahaus und Gorleben sind seit dem 1. August 2017 im Besitz der neu gegründeten staatlichen Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Die Standortzwischenlager wurden von der BGZ zum 1. Januar 2019 übernommen.

In Gorleben und Lubmin sind keine weiteren Einlagerungen vorgesehen. In Ahaus sollen die Brennelemente aus den Forschungsreaktoren in Berlin, Mainz und Garching sowie aus dem stillgelegten Versuchs- und Leistungsreaktor (AVR) in Jülich eingelagert werden. Weiterhin ist für Ahaus die Lagerung von hochdruckkompaktierten radioaktiven Abfällen in Transport- und Lagerbehältern neuer Bauart aus der Wiederaufarbeitung in La Hague beantragt. Um weitere Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben zu vermeiden, sollen die Zwischenlager in Ohu, Philippsburg, Biblis und Brokdorf in den nächsten Jahren zusätzlich Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Sellafield und La Hague aufnehmen.